

**Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung
mit Antwort der Landesregierung
- Drucksache 17/3522 -**

Was tut die Landesregierung für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger im Landkreis Cuxhaven?

Anfrage der Abgeordneten Astrid Vockert (CDU) an die Landesregierung,
eingegangen am 19.05.2015, an die Staatskanzlei übersandt am 27.05.2015

Antwort des Niedersächsischen Ministeriums für Inneres und Sport namens der Landesregierung vom 01.07.2015,
gezeichnet

Boris Pistorius

Vorbemerkung der Abgeordneten

In der Antwort auf die Anfrage des Abgeordneten Jan-Christoph Oetjen zur Kooperation zwischen niedersächsischen Kommunen und privaten Sicherheitsdienstleistern stellt die Landesregierung dar, dass „es zur Kernaufgabe des Staates gehört, die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten“ (Drs. 17/2816).

Im Landkreis Cuxhaven mehren sich in letzter Zeit Meldungen über Wohnungseinbrüche in Einfamilienhäusern. Es ist noch nicht klar, ob eine Bande gezielt mehrere Wohnungseinbrüche verübt oder diese Häufungen ein Zufall sind.

Die Bevölkerung ist in großer Sorge, in einigen Ortsteilen wird bereits über „Bürgerwehren“ nachgedacht.

Vorbemerkung der Landesregierung

Die Gewährleistung der inneren Sicherheit zählt zu den Kernaufgaben der Landesregierung. Durch zielgerichtete präventive und repressive Maßnahmen, insbesondere in Deliktsbereichen, die das Sicherheitsempfinden der Bevölkerung in einem besonderen Maße beeinflussen, leistet die Polizei einen wichtigen Beitrag, um das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger in Niedersachsen und die objektive Sicherheit nachhaltig zu erhöhen. Dabei wird berücksichtigt, dass die Bevölkerung die Kriminalitätslage vorwiegend durch eigenes Erleben, Berichte aus dem sozialen Umfeld, die Berichterstattung der Medien und durch die Reflexion der eigenen Situation sowie das Abwägen des Risikos, selbst Opfer einer Straftat zu werden, beurteilt.

Der Entwicklung des Wohnungseinbruchdiebstahls in Niedersachsen gebührt in diesem Zusammenhang große Aufmerksamkeit. Für das Jahr 2014 wurden in Niedersachsen insgesamt 14 654 Fälle polizeilich registriert. Dies stellt insgesamt einen Rückgang von nahezu 1 100 Taten im Vergleich zum Jahr 2013 dar. Damit konnte - entgegen der bundesweiten Entwicklung - die kontinuierliche deutliche Zunahme der Wohnungseinbrüche, die seit 2011 in Niedersachsen und analog dazu auch im Landkreis Cuxhaven zu beobachten war, zunächst gestoppt werden.

1. Wie viele gemeldete Wohnungseinbrüche liegen für den Landkreis Cuxhaven - aufgeschlüsselt nach den einzelnen Orten, Gemeinden und Städten - für die jeweiligen Jahre 2010 bis 2014 vor?

In der folgenden Tabelle sind die polizeilich bekannt gewordenen Fälle von Wohnungseinbruchdiebstahl in den Jahren 2010 bis 2014 dargestellt. In Ergänzung wird die Zahl der aufgeklärten Fälle angegeben.

Ort		2010	2011	2012	2013	2014
Am Dobrock (Samtgemeinde)	bekannt gewordene Fälle	13	20	15	18	27
	aufgeklärte Fälle	3	14	10	4	6
bis 31.10.2011: Appeln, Flecken Beverstedt, Bokel, Frelsdorf, Heerstedt, Hollen, Kirchwistedt, Lunestedt, Stubben seit 01.11.2011: Beverstedt (Einheitsgemeinde)	bekannt gewordene Fälle	27	30	43	40	41
	aufgeklärte Fälle	9	10	10	9	13
Börde Lamstedt (Samtgemeinde)	bekannt gewordene Fälle	6	5	7	4	6
	aufgeklärte Fälle	2	0	0	4	3
Cuxhaven (Stadt)	bekannt gewordene Fälle	59	82	80	101	146
	aufgeklärte Fälle	12	37	22	18	31
bis 31.12.2014: Stadt Langen und Samtgemeinde Bederkesa seit 01.01.2015: Geestland (Stadt)	bekannt gewordene Fälle	48	45	90	90	66
	aufgeklärte Fälle	19	15	22	9	10
bis 31.12.2013: Samtgemeinde Hagen, seit 01.01.2014: Hagen im Bremischen (Einheitsgemeinde)	bekannt gewordene Fälle	51	39	59	28	26
	aufgeklärte Fälle	16	4	12	7	6
Hemmoor (Samtgemeinde)	bekannt gewordene Fälle	15	16	12	14	16
	aufgeklärte Fälle	7	7	4	5	3
bis 31.12.2010: Samtgemeinde Hadeln und Samtgemeinde Sietland, seit 01.01.2011: Land Hadeln (Samtgemeinde)	bekannt gewordene Fälle	25	14	25	23	44
	aufgeklärte Fälle	18	4	17	8	15
Loxstedt (Einheitsgemeinde)	bekannt gewordene Fälle	52	33	43	48	41
	aufgeklärte Fälle	26	12	14	17	9
Schiffdorf (Einheitsgemeinde)	bekannt gewordene Fälle	21	24	87	55	27
	aufgeklärte Fälle	11	4	53	15	9
bis 31.12.2014: Cappel, Dorum, Midlum, Misselwarden, Mulsum, Nordholz, Padingbüttel, Wremen seit 01.01.2015: Wurster Nordseeküste (Einheitsgemeinde)	bekannt gewordene Fälle	18	43	22	41	24
	aufgeklärte Fälle	2	18	6	9	6
Gesamt	bekannt gewordene Fälle	335	351	483	462	464
	aufgeklärte Fälle	125	125	170	105	111

2. Wie viele Fälle sind der Landesregierung für das Jahr 2015 bekannt?

Für einen Großteil der in diesem Jahr polizeilich bekannt gewordenen Fälle dauern die Ermittlungen noch an. Tragfähige und vergleichbare Fallzahlen liegen insoweit erst zum Zeitpunkt der endgültigen Übernahme in die Polizeiliche Kriminalstatistik zum jeweiligen Berichtsjahresende vor.

3. In wie vielen der genannten Fälle konnten die Taten aufgeklärt werden?

Für das laufende Jahr 2015 ist noch keine fundierte Aussage zur Aufklärungsquote möglich, da für einen Großteil der polizeilich bekannt gewordenen Vorgänge die Ermittlungen noch andauern.

Für den Zeitraum 2010 bis 2014 verweise ich auf die Antwort zu Frage 1.

4. Wie viel Personal ist in den einzelnen Dienststellen der Polizei im Landkreis Cuxhaven - aufgeschlüsselt nach den Jahren 2010 bis 2015 - eingesetzt?

Seit 2005 verfügt die Polizei über ein Verteilungsmodell, auf Basis dessen die Planstellen für den Polizeivollzug den regionalen Polizeibehörden Braunschweig, Göttingen, Hannover, Lüneburg, Oldenburg und Osnabrück zugewiesen werden. Mit diesem Planstellenverteilungsmodell werden die für die Berechnung wesentlichen Parameter angemessen und im Sinne eines ganzheitlichen Ansatzes bewertet und ausgewiesen. Die weitere Verteilung innerhalb der Polizeidirektionen (PD) erfolgt dort in eigener Verantwortung.

Laut Bericht der zuständigen PD Oldenburg war das Personal im Bereich der Polizeiinspektion Cuxhaven¹ wie folgt verteilt:

Personalstärken in Vollzeiteinheiten (VZE)	01.10.2010	01.10.2011	01.10.2012	01.10.2013	01.10.2014	01.04.2015
PI Cuxhaven	165,51	177,92	178,35	159,97	158,09	155,77
davon						
PSt Altenwalde	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00
PSt Ihlienworth	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00
PSt Nordholz	2,50	2,50	2,63	2,75	2,63	2,63
PSt Otterndorf	5,00	5,00	5,00	5,00	5,00	5,00
PK Hemmoor	47,25	46,25	44,65	42,63	42,73	42,75
davon						
PSt Cadenberge	4,00	4,00	4,00	3,00	3,00	3,00
PSt Lamstedt	1,75	1,75	1,00	1,00	1,00	1,00
PK Langen	60,65	72,48*	68,85*	62,75	62,33	59,43
davon						
PSt Bederkesa	5,00	5,00	5,00	5,00	5,00	4,00
PSt Dorum	3,00	3,00	3,00	3,00	3,00	3,00
PSt Langen	6,00	6,00	5,00	4,50	5,25	5,25
PK Schifffdorf	61,03	60,70	61,65	57,78	56,25	56,85
davon						
PSt Beverstedt	5,63	5,00	5,00	3,00	3,00	3,00
PSt Hagen	3,00	3,00	3,00	3,70	3,80	3,80
PSt Loxstedt	5,00	5,70	5,70	4,00	4,00	4,00
Polizeiinspektion gesamt	334,43	343,35	340,50	323,13	319,40	314,80
*inkl. Objektschutz MP McAllister						
Anm.: Die Personalstärken der PI sind reformbereinigt (geänderte Anbindung des LK Wesermarsch zum 01.01.2014)						

5. Beabsichtigt die Landesregierung eine Aufstockung des Personals in den Polizei-dienststellen im Landkreis Cuxhaven für die kommenden Jahre?

Auf die Antwort zu Frage 4 wird verwiesen. Die Personalverteilung des Polizeivollzuges auf die einzelnen Inspektionen erfolgt in der PD Oldenburg durch ein mit den Inspektionen vereinbartes Berechnungsmodell, welches an das Landesverteilungsmodell angelehnt ist. In diesem Modell fließen verschiedene polizeilich relevante Parameter ein. Hierbei handelt es sich um die geografische Fläche, Bevölkerung, Belastungsgrößen durch Straftaten und Unfälle sowie Sockel für bestimmte Funktionen. Die interne Verteilung wird daneben auch durch das insgesamt zur Verfügung stehen-

¹ Dienststellen gem. RdErl. v. 23.12.2015 - 21.31-01512, Organisation der Polizei des Landes Niedersachsen

de Personal geprägt. Sinkt oder steigt die Personalstärke, spiegelt sich dies entsprechend in den Personalstärken der Inspektionen wider.

6. Wenn ja, wann, in welchem Umfang und an welchen Standorten?

Auf die Antwort zu Frage 5 wird verwiesen.

7. Welche weiteren Maßnahmen beabsichtigt die Landesregierung umzusetzen, um die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger auch in Bezug auf die Zahl der Wohnungseinbrüche zu gewährleisten?

Ein Einbruch beeinträchtigt das Wohlbefinden der Betroffenen oft nachhaltig: Bei der Opferbefragung 2011 des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen gab mehr als jedes dritte Opfer an, einen Schock erlitten zu haben (38,8 %). 7,1 % fühlten sich noch einen Monat nach der Tat unsicher in der eigenen Wohnung und 17,6 % sind nach der Tat ausgezogen. Mit Blick auf die vorgenannten möglichen Auswirkungen eines Wohnungseinbruchdiebstahls auf die Bewohnerinnen und Bewohner ist es neben der Tataufklärung noch wichtiger geworden, dafür Sorge zu tragen, dass es erst gar nicht zu entsprechenden Taten kommt.

Unter Federführung des Landeskriminalamts Niedersachsen haben die niedersächsischen Polizeibehörden landesweite Standards zur Reduzierung des Wohnungseinbruchdiebstahls entwickelt. Der Niedersächsischen Konzeption zur Prävention des Wohnungseinbruchdiebstahls entsprechend werden bewährte Maßnahmen wie Individualberatungen zu Technik und Verhalten und die präventive Öffentlichkeitsarbeit weitergeführt und ausgebaut. Flankierende Initiativen zur Erhöhung der nachbarschaftlichen Aufmerksamkeit werden ebenfalls zur angestrebten Reduzierung der Einbruchstaten beitragen.

Wohnungsbauunternehmen werden animiert, einbruchhemmende Faktoren von vornherein bei Neubauten oder bei Umbau- und Sanierungsmaßnahmen zu berücksichtigen. Ziel ist es, in den kommenden Jahren unter dem Stichwort „Herstellerverantwortung“ alle für die Sicherheit von Wohnraum Verantwortlichen wie Handwerk und Gewerbe, Wohnungs- und Bauwirtschaft sowie Kommunen zur obligatorischen Berücksichtigung von Sicherheitstechnik und sicherheitsfördernden Aspekten zu veranlassen.

Zudem fördert die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) seit Juni 2014 im Rahmen bestehender KfW-Produkte zur Barrierereduzierung oder zur energetischen Sanierung auch bauliche Maßnahmen zum Einbruchschutz in bestehenden Wohngebäuden.

Voraussichtlich ab Herbst dieses Jahres sollen separate Fördermittel zum Einbau von Einbruchschutzmaßnahmen wie einbruchhemmende Türen, Fenster oder Alarmanlagen beantragt werden können. Das neue Förderprogramm wird beim Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit angesiedelt, das zeitnah eine Förderrichtlinie erarbeiten wird. Der Haushaltsausschuss des Bundestages hat hierfür bereits Eckpunkte der Förderung beschlossen: Neben der bereits jetzt bestehenden steuerlichen Absetzbarkeit von Handwerkerleistungen sollen im Rahmen des Förderprogramms „Kriminalprävention durch Einbruchsicherung“ Investitionen in den Einbruchschutz von mindestens 500 Euro gefördert werden. Der größtmögliche Zuschuss soll auf 1 500 Euro pro Antrag beschränkt sein, wobei die Fördersumme auf 20 % der Anschaffungskosten begrenzt werden soll. Insgesamt ist eine finanzielle Ausstattung des Förderprogramms von insgesamt 30 Millionen Euro in den Jahren 2015 bis 2017 vorgesehen.

Ferner tritt die Polizei pro-aktiv an kommunale Verantwortungsträger heran, um rechtzeitig polizeibekannte und kriminalitätsreduzierende Aspekte in die Stadtplanung einzubringen.

Aber auch der Ermittlungsdruck auf Einbrecher wurde bereits deutlich intensiviert. Eine Erhöhung der polizeilichen Präsenz an Brennpunkten, optimierte Analysemöglichkeiten, verbesserte Tatortarbeit und spezielle Fahndungs- und Kontrollmaßnahmen sollen dazu beitragen, Tatserien noch früher zu erkennen und zu beenden.